

Johannes Varwick: Die Welt im Chaos? Die Konflikte in Israel, Berg-Karabach und der Ukraine (GSP, 15.11.23)

Chart
1

Sicherheitspolitik hat Konjunktur. Ob das eine gute Nachricht ist, weiß ich nicht, denn zugleich ist Sicherheitspolitik wie Rentensystem oder Kanalisation – allesamt **eigentlich nur dann im Fokus der Öffentlichkeit, wenn was kaputt ist.** Kaputt ist derzeit Vieles.

Ich will nun in etwa 40 Minuten **einen Parforceritt durch einige internationale Konflikte machen** und kann Ihnen natürlich jetzt keine detaillierten Einblicke in die drei im Titel der Veranstaltung genannten **Kriege in Gaza, Berg-Karabach und Ukraine** geben, sondern ich will etwas breiter an die Frage ran gehen und dann mit Ihnen diskutieren, was Sie davon besonders interessiert.

- 1. Zur aktuellen sicherheitspolitischen Großwetterlage**
- 2. Die Kriege in der Ukraine, in Berg-Karabach und Israel/Gaza**
- 3. Konsequenzen für die deutsche Sicherheitspolitik**

Chart
2

1. Zur aktuellen sicherheitspolitischen Großwetterlage

Chart
3

Wir leben unstrittig in einer Ära der Gewalt in den Internationalen Beziehungen – ob das **neu** ist, darüber lässt sich streiten: Der damalige

Außenminister Steinmeier sprach 2014 davon, die Welt sei „aus den Fugen“; zehn Jahre später muss man 2023 wohl eher sagen: die Welt steht in gewisser Hinsicht in Flammen.

Aktuell blicken wir auf die Lage in der Ukraine und in Gaza, wir haben aber ebenso massive Gewalt etwa in Syrien, im Süd-Kaukasus oder im Jemen. Im Sudan herrscht ein brutaler Bürgerkrieg, ebenso wie in Äthiopien und der Militärputsch in Niger war der sechste Staatsstreich in der Sahelzone seit 2020, betroffen davon u. a. auch die gescheiterte Bundeswehremission in Mali. Auch im Kosovo ist die Lage alles andere als stabil.

Chart
4

Wer von Ihnen hat zum Beispiel mitbekommen, dass im Sudan seit Mitte April 2023 5,8 Millionen Menschen vertrieben wurden? Ein Teil davon in die Nachbarländer Ägypten, Tschad und Südsudan, die meisten davon innerhalb des Sudans. Die Todeszahlen gehen in die zehntausende, humanitäre Katastrophen jeder Art sind an der Tagesordnung. Der berühmte CNN-Effekt – also die medial vermittelte Ausblendung bzw. Fokussierung von Konflikten – ist hier besonders sichtbar. Vieles findet in den westlichen Öffentlichkeiten faktisch nicht statt.

Wir haben derzeit ein Niveau an Anzahl, Intensität und Dauer von bewaffneten Konflikten wie seit 1990 nicht mehr. 2022 gab es auf dem Globus 55 aktive militärische Konflikte, wobei der Durchschnittliche etwa acht Jahre andauerte. Auch die Zahl der Kriegstoten weltweit war mit 238.000 im Jahr 2022 so hoch wie seit 30 Jahren nicht mehr, 100.000 davon

waren übrigens allein in Äthiopien zu beklagen. Im Jahr 2022 lebten etwa ein Viertel der Weltbevölkerung – zwei Milliarden Menschen – in von Konflikten betroffenen Gebieten, die Zahl der Vertriebenen erreichte weltweit mit 108 Millionen Anfang 2023 einen Rekordwert.

Ich möchte kurz Ihr Augenmerk auf eine Ereignis aus dem Sommer 2021 lenken, dass schon fast in Vergessenheit geraten ist: Mit dem überstürzten Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan nach einer mehr als 20 Jahre andauernden massiven Präsenz im August 2021 – wer redet heutzutage noch darüber? – war insofern ein Wendepunkt erreicht, als dass zunehmend kritisch diskutiert wurde, ob sich mit militärischem Engagement andere Staaten stabilisieren und die teils hochgesteckten politischen Ziele von Regimewechsel bis Demokratisierung überhaupt erreichen lassen.

Chart
5

Die langen zwei Dekaden der Interventionen, die mit dem Afghanistan-Krieg 2001 begonnen hatte und etwa 2003 im Irak und 2011 in Libyen fortgesetzt wurden, waren insofern mit dem Abzug aus Afghanistan an ihr Ende gekommen.

Joe Biden dachte vermutlich im Sommer 2021 nicht daran, dass die Kriege in der Ukraine oder im Nahen Osten bevorstanden, sondern er wollte die sogenannten „Forever Wars“, in denen sich Amerika verwickelt hatte, beenden. Bei seiner Definition von Bedrohungen dachte eher wohl eher an eine neue Großmacht Konkurrenz zwischen China und den USA und auch die Verhinderung einer militärischen

Vereinnahmung Taiwans seitens Chinas die Abwehr oder chinesischer Ansprüche im südchinesischen Meer.

Beginnend mit dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 ist dann unzweifelhaft eine sicherheitspolitische Zeitenwende eingetreten, die so gut wie alle sicherheitspolitischen Gewissheiten der vergangenen Jahre auf den Kopf stellt.

Um es auch hier klar zu sagen: der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine vom 24. Februar 2022 und der seitdem andauernde Krieg gegen die Ukraine ist ebenso und unmissverständlich zu verurteilen wie der Terrorangriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023. Die Schuldfrage ist eindeutig, dass heißt aber nicht, dass die Begleitstrategien unstrittig wären.

- Schon für die griechischen Philosophen wie Platon entstand Wahrheit aus der Auseinandersetzung. Kontroverse und Streit sind fundamental wichtig, auch in Fragen von Krieg und Frieden. Selbst schwierige Themen sollten auf der Sachebene erörtert werden und nicht durch eine deplatzierte Moralisierung verunmöglicht werden.

In diesem Sinne nun ein paar sehr thesenartige Betrachtungen zu den Kriegen in der Ukraine, in Berg-Karabach und in Israel/Gaza.

2. Die Kriege in der Ukraine, in Gaza und in Berg-Karabach

Chart
6

Zunächst muss man sich die Frage stellen, wie viele Krisen die Politik (und auch die Öffentlichkeit) **gleichzeitig bearbeiten kann**. Zur Wahrheit gehört, dass es eine **Konkurrenz um Aufmerksamkeit und Ressourcen** gibt. Ich glaube nicht, dass deshalb aufgrund der **Lage in Nahost** wichtige Akteure die **Ukraine-Unterstützung einstellen**, aber die Prioritäten werden sich verschieben.

Erstens ein paar theseartige Gedanken zum Krieg gegen die Ukraine:

Chart
7

1. Die deutsche und die westliche Debatte zum Krieg gegen die Ukraine dreht sich im Wesentlichen um die Frage, wie sich die Ukraine gegen die seit mehr als 20 Monaten andauernde militärische Aggression Russlands wehren kann und was zu tun ist, die Ukraine dabei militärisch zu unterstützen. Das ist auch **verständlich**, denn der russische Überfall vom 24. Februar 2022 verletzt alle Normen des Völkerrechts und ruft vollkommen zu Recht Empörung und Widerstand hervor. Doch dabei geht zugleich der **Blick für politische Initiativen** verloren, die mit Realismus und Pragmatismus einen Ausweg aus der Lage bieten könnten.

2. Die meisten Beobachter sind sich darin einig, dass aktuell **keine Seite die Fähigkeit hat**, einen schnellen militärischen Sieg über die andere Seite zu erzielen. Das ist, zumindest wenn man die Erwartungen der meisten Beobachter vom Frühjahr

2022 zugrunde legt, durchaus ein Erfolg für die Ukraine. Allerdings ein Erfolg, der mit hohen Opferzahlen und der weitgehenden Zerstörung des Landes verbunden ist.

Die westliche Strategie zielt zugleich derzeit darauf ab, die Verhandlungsposition der Ukraine durch Erfolge auf dem Schlachtfeld zu verbessern. Inwieweit das Gelingen kann, ist umstritten.

- **Etliche Militärexperten** setzen darauf, dass es der Ukraine mit westlichen Waffenlieferungen gelingen könnte, einen Durchbruch bis zum Asowschen Meer zu erzielen und dann schrittweise das gesamte ukrainische Territorium inklusive der Krim zu befreien. Dies sei entweder durch eigene militärische Erfolge oder auch durch einen Zusammenbruch Russlands denkbar.
- **Andere Militärexperten** gehen hingegen von einem dauerhaften militärischen Patt aus, vermutlich in Form eines jahrelangen und verlustreichen Abnutzungskrieges ohne größere Geländegewinne einer der beiden Seiten. Die mit vielen Erwartungen verbundene Frühjahrsoffensive ist jedenfalls nicht erfolgreich gewesen, wie auch der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, Walerij Saluschnyj, einräumte.

Zu wenig wird aber ein Szenario diskutiert, bei dem dieser Krieg weiter massiv eskalieren und letztlich doch in eine militärische Auseinandersetzung zwischen der Nato oder einzelnen Nato-Staaten und

Russland münden könnte. Dies wäre sowohl bei einem Erfolg der Ukraine denkbar – denn wenn Russland tatsächlich unter Druck geraten würde, könnte es vermutlich bis hin zu einem Einsatz von Nuklearwaffen eskalieren – als auch bei einem Erfolg Russlands vorstellbar, denn dann wäre wahrscheinlich, dass einzelne Nato-Staaten der Ukraine auch mit eigenen Soldaten zu Hilfe kommen würden, um einen Zusammenbruch zu verhindern. Verhandlungen sind also in diesem Sinne sowas wie präventive Eskalationsverhinderung.

3. Dabei ist richtig, dass derzeit kein sinnvolles Friedensabkommen möglich ist, das diesen Namen verdient. Weder Russland noch die Ukraine wollen derzeit verhandeln. Die maximalistischen Ziele beider Seiten sind unvereinbar und eine Quadratur des Kreises einstweilen nicht vorstellbar. Die gängige Annahme, nach der Konfliktparteien der Aufnahme von Friedensverhandlungen nur dann zustimmen, wenn sie „reif“ sind, d.h. wenn sie erkennen, dass sie in einer für beide Seiten schädlichen Pattsituation auf dem Schlachtfeld gefangen sind, greift dennoch zu kurz.

Die ukrainischen Ziele sind der vollständige Rückzug des russischen Aggressors, die Bestrafung von Kriegsverbrechern und Reparationszahlungen sowie die rasche Integration in Nato und EU. Die russischen Ziele sind weniger eindeutig und umfassen neben der Verhinderung einer ukrainischen Nato-Mitgliedschaft entweder den Sturz der ukrainischen Regierung und die Vernichtung der staatlichen Souveränität der Ukraine oder aber mindestens die

Annektion der im September 2022 zu russischem Staatsgebiet erklärten vier Oblaste (Donezk, Luganzk, Saporischschja und Cherson) plus der bereits zuvor annektierten Krim.

Wenn man aber davon ausgeht, dass keine der beiden Seite diese Maximalziele erreichen kann, dann wird dieser Krieg nur durch eine diplomatische Lösung beendet werden können.

In dieser Situation gibt es zahlreiche Initiativen, die auf eine politische Lösung drängen. Sichtbare Erfolge hatten diese Initiativen bisher nicht. Zugleich gibt es offenkundig zunehmend Gespräche hinter den Kulissen, etwa zwischen dem CIA-Chef Burns und dem Chef des russischen Auslandsgeheimdienstes Naryschkin.

In Verhandlungen wird keine Seite Maximalforderungen durchsetzen oder sich an der reinen Lehre orientieren können – auch wenn die Ukraine moralisch im Recht ist. Eine aus der jeweiligen Sicht der einen Konfliktpartei definierte Ideallösung ergäbe sich nur, wenn die Interessen der einen Seite vollständig durchgesetzt würden. Das entspricht aber nicht der Realität. Weder wird Russland die gesamte Ukraine unterwerfen, noch wird die Ukraine all ihre Territorien von russischer Besatzung befreien.

4. Von allen vorstellbaren Varianten wäre das Drängen auf einen schnellen Waffenstillstand und daran anschließend die Bereitschaft zu Verhandlungen im Sinne einer Stabilisierung durch einen Neutralitätsstatus der Ukraine sowie die Akzeptanz

territorialer Veränderungen unter bestimmten Voraussetzungen die Beste unter den schlechten Optionen.

In welcher Form dies stattfinden kann, ist heute nicht zu entscheiden. Denkbar wäre aber einerseits über die komplexe Frage von Sicherheitsgarantien zu verhandeln. Solche Garantien müssen zwar wirksam sein, wenn sie für die Ukraine akzeptabel sind, aber eben nicht als Nato-Beitritt durch die Hintertür interpretierbar sein, wenn sie für Russland akzeptabel sein sollen.

Ein anderes Beispiel sind die höchst brisanten Fragen territorialer Veränderungen. Selbstverständlich wäre es inakzeptabel, Russland ein passendes Teil der Ukraine zu überlassen und damit das Neuziehen territorialer Grenzen mit militärischer Gewalt geradezu zu belohnen. Deshalb sind Ideen zu ventilieren, wie die territorialen Fragen im Konsens der Beteiligten entschieden werden können, etwa in Form von international beaufsichtigten Referenden.

Das Ergebnis eines Verhandlungsprozesses kann niemand vorhersagen, aber es wird vermutlich am Ende eine neutrale Ukraine geben, die sich nicht eindeutig im westlichen Lager befindet oder gar selbstverständlicher Teil des euroatlantischen Bündnisses ist. Entlang dieser Linie wird um eine Verhandlungslösung gerungen werden müssen.

Vielleicht wäre es auch hilfreich, eine alte Verhandlungsstrategie zu berücksichtigen die da lautet, ma- che ein Problem größer, um es lösbar zu machen.

Konkret könnte dies hier bedeuten, die unterschiedlichen Dimensionen des Konflikts – zwischenstaatlicher Krieg zwischen Russland und der Ukraine, Ordnungskonflikt um die europäische Sicherheitsarchitektur und Weltordnungskonflikt zwischen Russland und den USA – zu verbinden und im Paket anzugehen.

Andererseits sollte nicht der Anspruch auf dauerhafte Lösungen, sondern mit Bescheidenheit zunächst ein Einfrieren dieses Konflikts versucht werden. Anders formuliert: Bei einer politischen Lösung sollte nicht nur auf Gerechtigkeit geachtet werden, sondern auch auf Schadensbegrenzung, Stabilität und Gleichgewicht zwischen konkurrierenden Interessen und Ambitionen.

5. Wenn Verhandlungen also präventive Eskalationsverhinderung sind, dann ist der entscheidende Punkt, dass die Grundlagen des Konflikts sich in den kommenden Monaten und Jahren nicht positiv verändern werden, aber die Kosten des Krieges sich mit jedem weiteren Tag vervielfachen und rasch außer Kontrolle geraten können. Verhandlungen sind voraussetzungsreich, mühsam und ohne Erfolgsgarantie. Die vermeintliche Lösung auf dem Schlachtfeld zu suchen, ist aber keine verantwortungsvolle Alternative

Zweitens ein paar Gedanken zum Krieg in Berg-Karabach

Chart
8

Der Konflikt zwischen dem islamisch geprägten Aserbaidshen und dem christlich-orthodoxen Armenien besteht seit rund 100 Jahren und kann hier nicht nachgezeichnet werden. Beide gehörten dem osmanischen Reich an, beide dann der Sowjetunion.

Aserbaidshen forderte Berg-Karabach seit langem zurück. Die Armenier – ursprünglich von Russland unterstützt aber seit einiger Zeit engere Anlehnung an den Westen versuchend – hingegen betrachten die Region als ihr historisches Siedlungsgebiet.

Nach einer 9-monatigen Blockade starteten Mitte September 2023 aserbaidshenische Militäreinheiten einen Angriff auf die international nicht anerkannte Republik Berg-Karabach, die völkerrechtlich zum Territorium Aserbaidshens gehört. Das Land nahm die Region schnell ein, einen Tag später erklärte Berg-Karabach faktisch die Kapitulation. Am 28. September kündigte die Republik Berg-Karabach durch ein Regierungsdekret ihre Auflösung zum 1. Januar 2024 an.

Bei dem Krieg sind rund 200 Personen gestorben. Aber seit der Einnahme durch Aserbaidshen sind mehr als 100.000 ethnische Armenier aus dem Gebiet geflohen. Armenien hat Aserbaidshen vor dem Internationalen Strafgerichtshof im Zusammenhang mit dem Militäreinsatz zur Eroberung Berg-Karabachs der „ethnischen Säuberung“ beschuldigt.

Dass es nun zur Invasion kam, hängt auch mit einer **veränderten geopolitischen Lage** zusammen. Für viele im Westen unbemerkt hatte Moskau **kurz vor der Invasion der Ukraine ein Militärbündnis mit Aserbaidshan geschlossen**: Eine klare Verschiebung der eigenen Prioritäten. Russland, das lange als Schutzmacht Armeniens auftrat, ist durch den Angriff auf die Ukraine in einer **geschwächten Position**. Die Verbindungen Russlands über Aserbaidshan in den Iran und nach Südasien haben für das Land an Bedeutung gewonnen, insbesondere um westliche Sanktionen zu umgehen. Russland ist daher an **guten Beziehungen mit Aserbaidshan und seinem Partnerland Türkei** interessiert.

Dies hatte Russland bereits vor dem Einmarsch mit Blick auf Berg-Karabach deutlich gemacht: Im Juli 2023 erklärte der russische Außenminister Lawrow, die **Armenier in Berg-Karabach müssten die Herrschaft Aserbaidshans anerkennen**. Die neue Haltung zeigte sich auch beim Einmarsch Aserbaidshans: Die russischen Truppen, die seit 2020 zur Friedenssicherung in Berg-Karabach stationiert sind, griffen **nicht** in den Konflikt ein.

Wir erleben möglicherweise das **Ende der russischen Ordnungsmacht im Südkaukasus**. Durch die militärische Schwächung Russlands kann es in seiner Peripherie nicht mehr wie bislang für ein dauerhaftes **Einfrieren** der zahlreichen Konflikte sorgen.

Besonders sichtbar wird in diesem Konflikt auch die **wachsende Rolle der Türkei**. Dass Aserbaidshan in den letzten Jahrzehnten so stark aufrüsten konnte,

hängt auch mit seinem **Bündnispartner Türkei** zusammen. Zwischen beiden Ländern besteht seit den 1990er Jahren eine enge Militärkooperation. **Drohnen aus der Türkei** beispielsweise halfen Aserbaidschan dabei, den Krieg gegen Armenien **2020** zu gewinnen – den Russland nicht verhindern konnte oder wollte.

Derzeit der **zweite große Player** in der Region, der **Iran**, dessen einzige Landverbindung zum russischen Markt **durch Armenien** verläuft, kein Interesse an einer weiteren Eskalation. Diese **beiden wichtigen Regionalmächte** können womöglich dafür sorgen, dass die Eskalation auf Bergkarabach beschränkt bleibt und **nicht** zu einem größeren Krieg wird.

Faktisch hat aber gewissermaßen unter den Augen der Weltöffentlichkeit eine **ethnische Säuberung** stattgefunden, mit der der seit Jahrhunderten bestehender armenischer Kulturraum **entvölkert wurde**. Zudem ist unklar ob Aserbaidschan auch den südlichen Teil Armeniens erobern will, um eine Landverbindung zur Enklave **Nachitschewan** herzustellen. Wenn man dem Präsidenten Aserbaidschans **Alijew** zuhört, dann gibt es gute Gründe, hier tatsächlich um die territoriale Integrität des armenischen Staates besorgt zu sein.

Dennoch: Die **westlichen Einflussmöglichkeiten** sind begrenzt. Die Kriegsmaschinerie Aserbaidschans wird jedenfalls auch durch die Erlöse von Gas- und Ölexporten finanziert. **Deutschland** etwa setzt stark auf Gaslieferungen aus Aserbaidschan und auch Katar und betreibt hier in gewisser Weise **Realpolitik**.

Drittens ein paar Gedanken zum Krieg in Gaza/Israel:

Chart
9

Die terroristischen Angriffe der Hamas vom 7. Oktober 2023 (und auch die permanenten Angriffe der Hisbollah aus dem Libanon) sind durch nichts zu rechtfertigen und ein schweres Menschheitsverbrechen. Die Verantwortung dafür tragen allein die palästinensischen Terroristen und die sie unterstützenden Gruppen und Staaten. Punkt.

Es gilt ernst zu nehmen, dass sich Israel in einer höchst unbequemen geopolitischen Lage existentiell bedroht fühlt und auch existentiell bedroht ist, wenn von Terroristen wie der Hamas oder auch Staaten wie dem Iran sein Existenzrecht bestritten wird. So ist nachvollziehbar, wenn etwa der israelische Verteidigungsminister ausführt, dass er es als Sohn von Holocaust-Überlebenden nicht zulassen werde, dass so etwas noch einmal passiere und er es als seine Aufgabe sehe dafür zu sorgen, dass das „Nie wieder“ nicht nur eine Aussage sei.

Zum Vorgehen der Hamas gibt es, so der Kollege Peter Neumann, mindestens drei Interpretationen:

- Hamas plante die von ihr übliche Eskalation, die aufgrund israelischer Schwäche „erfolgreicher“ war als erwartet (Überraschungsthese);
- Hamas wollte israelische Überreaktion provozieren, die die „arabische Straße“ von Kairo bis Istanbul mobilisiert und den Iran zum Eingreifen veranlasst (Provokationsthese);

- Der Angriff war Beginn eines vom Iran koordinierten Mehrfrontenkriegs, mit dem die regionale Normalisierung Israels (**Stichwort: Abraham Abkommen 2020ff**) gestoppt werden soll und Israel konkret vernichtet werden soll (**Regionalkriegsthese**).

Alle drei Thesen, **auch in Kombination**, sind plausibel. **Was folgt daraus?**

- 1.** Niemand kann sagen, ob der grundsätzlich legitime Verteidigungskrieg Israels und der Einmarsch in Gaza die selbst erklärten Ziele erreicht oder die Lage dadurch **(noch) weiter außer Kontrolle gerät**. Israel braucht jetzt zwar keine Ratschläge von außen, aber man wird schon **eine Position dazu haben dürfen**, wenn etwa der israelische Verteidigungsminister, von „**human animals**“ spricht, die zu bekämpfen seien. **Meine Solidarität hat das nicht**.
- 2.** Die internationale Kritik auf die m.E. **deutlich überzogene Wahrnehmung** des legitimen Selbstverteidigungsrechtes Israels - das ich zu keiner Sekunde bestritten habe!) scheint bislang **nicht** dazu beigetragen haben, dass die Gaza-Intervention den völkerrechtlichen **Grundsatz der Verhältnismäßigkeit** gewahrt hat. Deutschland ist hier in gewisser Weise isoliert, weil es glaubt, aus historischer Verantwortung keine öffentliche Kritik an der **Art des militärischen Vorgehens** zu üben – anders als Frankreich, die USA und weite Teile der Welt.

- 3.** Die geopolitische Lage ist extrem brisant und die weiteren Eskalationsmöglichkeiten enorm. Ohne die Abschreckungswirkung der USA könnten sich andere Akteure auch jenseits der Hamas ermutigt fühlen, nun einen großen Krieg gegen Israel anzuzetteln. Das muss unter allen Umständen verhindert werden. Das Existenzrecht Israels ist vollkommen zurecht deutsche Staatsräson und wenn dem so ist, dann muss Deutschland an der Seite Israels stehen - mit Worten aber vor allem auch mit Taten. Die Bundesregierung sollte alles tun, was in dieser Lage erforderlich und angemessen ist.
- 4.** Auch in dieser Lage sollte aber nicht darüber hinweggesehen werden, dass Israel derzeit eine zumindest in Teilen rechtsextreme Regierung hat - und das kann auch bei der Bewertung der Lage nicht vollkommen außen vorbleiben. Stellvertretend für viele israelische KollegInnen schreibt etwa der ehemalige israelische Außenminister Shlomo Bel-Ami, dass 15 Jahre Netanyahu-Regierungen „früher oder später zu einer Tragödie führen mussten“. In diesem Sinne ist zwischen Schuld und Verantwortung zu unterscheiden. Schuld an der aktuellen Lage haben die Hamas etc., Verantwortung trägt aber auch Israel – durch seine falsche Politik, die systematische Missachtung der Rechte der Palästinenser und die Weigerung, zu einer fairen Zweistaatenlösung zu kommen.

Ich fasse zusammen:

1. Ukraine: Das Desaster in der Ukraine geht weiter und ich wundere mich, dass diejenigen, die an einen Erfolg der ukrainischen Gegenoffensive glaubten bzw. das glauben wollten nun **nicht selbstkritischer** bei Ihrer wunschgeleiteten „Analyse“ sind.

Stattdessen verbreiten sie weiter ihre **falschen Empfehlungen**, mehr/andere Waffen würden dann doch irgendwann helfen, dass die Ukraine ihre Ziele auf der Basis der **unrealistischen „ukrainischen Friedensformel“ erreicht**. Das entsprach leider zu keinem Zeitpunkt den Realitäten. Ich sehe eher, dass Russland (leider) inzwischen militärisch in die Vorderhand kommt und die Position der Ukraine sich massiv verschlechtern wird. Meine Prognose, dass Russland die **höhere Durchhaltefähigkeit** und auch die **Eskalationsdominanz** hat, hat sich vielmehr bestätigt.

Die Unterstützung der Ukraine bröckelt. Der Krieg in Nahost hat das verstärkt, aber nicht verursacht. Die **westliche Strategie war falsch und sollte korrigiert werden**. Es braucht nun einen großen Wurf auf strategischer Ebene und den Willen, zu einer Verhandlungslösung zu kommen, die die **Kerninteressen beider Seiten realistisch auslotet** und für die Ukraine bestmöglich, aber **nicht** auf der Basis von **Wunschdenken** wahr.

2. Berg-Karabach: Um vom russischen Gas unabhängig zu werden, bezieht die EU nun viel mehr Gas aus Katar und aus Aserbaidschan. Katar

finanziert die Hamas. Aserbaidschan hat eine ethnische Säuberung von Armeniern durchgeführt: Berg-Karabach zeigt schmutzige Erfordernisse der Realpolitik

3. Gaza/Israel: Der Zweck - Sicherheit Israels - heiligt nicht nur nicht vorbehaltlos die Mittel, und selbst wenn er das doch täte (wofür man sein kann und wofür hier einiges sprechen mag): **Der Zweck wird so meines Erachtens nicht erreicht, vermutlich sogar das Gegenteil.** Das muss man diskutieren können müssen, ohne der Illoyalität mit Israel bezichtigt zu werden - das sieht im Übrigen auch eine ganze Reihe an israelische KollegInnen so.

Ich kenne kaum jemanden, der behauptet, es gehe ganz **ohne militärische Elemente in der Bekämpfung der Hamas.** Rache und Bestrafung sind kein tragfähiges politisches. In die **Falle der Hamas** zu laufen und massive regionale Eskalation zu riskieren auch nicht. Zivilbevölkerung unterschiedslos in Haftung zu nehmen, zu vertreiben und massiv zu schädigen ebenso wenig.

3. Konsequenzen für die deutsche Sicherheitspolitik

Die **Verantwortung** in der Sicherheitspolitik wird neu ausbuchstabiert werden müssen. Dies wird dazu führen, dass das Politikfeld Sicherheit **an Relevanz und Aufmerksamkeit** gewinnt – und auch die

Chart
11

öffentliche Diskussion über diese Fragen wird **intensiviert** werden müssen.

Ob die Aussagen des **Verteidigungsministers** da vorbehaltlos hilfreich war, kann man diskutieren. Nach der Ukraine- ist die Nahostkrise nun der zweite Fall, bei dem sehr viele **unreflektiert und in erschreckender Eindimensionalität und Schlichtheit** auf die Militärmarte setzen. Jede/r darf dazulernen und neue Fragen brauchen neue Antworten.

Chart
12

Aber das Gerede von der „Kriegstüchtigkeit“ ist überzogen und trifft **nicht den richtigen Ton**. Fast alle haben verstanden, dass Sicherheitspolitik in Deutschland in der Vergangenheit **allzu stiefmütterlich** behandelt wurde. Diese Erkenntnis sollte nicht durch Rabulistik und unnötige Kriegsrhetorik **konterkariert** werden.

Verantwortung muss gewiss neu ausbuchstabiert werden. Deutschland sollte sich und andere dabei nicht überfordern oder überschätzen, aber es sollte ein **realistisches Verständnis von außenpolitischer Verantwortung entwickeln**. Das geht weit über die aktuellen Kriege in der Ukraine oder im Nahen Osten hinaus, hat aber doch Berührungspunkte dazu.

Chart
13

1. Ich meine, wir sollten im politischen Diskurs um Krieg und Frieden **nicht** von einem Extrem ins andere verfallen und unsere vermeintliche moralische Prinzipienfestigkeit **über jede realpolitische Vernunft** stellen.

13 a

Richtig bleibt, dass Sicherheitspolitik heute **breiter gedacht werden muss** und wir uns nicht auf militärische Fragen konzentrieren können, sondern Sicherheitspolitik **umfassender angehen** müssen – ohne mit dem Verweis auf das Engagement in einem Bereich den anderen zu vernachlässigen.

2. Gleichzeitig sollten die politisch Verantwortlichen seit Clausewitz verinnerlicht haben, dass **vor der Entscheidung zum Einsatz von Militärs als ‚Mittel der Politik‘** die Frage zu beantworten ist, welcher politische Zweck mit welchem militärischen Ziel und welchen Mitteln erreicht werden soll. Bei dieser Zweck- und Zieldefinition sind Chancen und Risiken des eigenen Handelns **nüchtern und realistisch** zu bewerten. Fehlt eine solche Abwägung, dann besteht das Risiko **ungewollter Nebenwirkungen** und – das zeigen die Interventionen der vergangenen Jahrzehnte – einer **unerwünschten Eskalation** oder bestenfalls eines Stillstandes ohne erkennbare Fortschritte.

13 b

3. Insbesondere die Frage, wie sich Deutschland mit Blick auf die Frage positioniert, **ob Demokratie und Menschenrechte** zentralen Maßstab für außenpolitisches Handeln sein sollen, oder aber **auch mit autoritären Staaten** wie China und Russland ein stabiler und womöglich pragmatischer Interessenausgleich möglich ist, wird zu den zu **entscheidende Richtungsfragen** gehören.

10 c

Das bedeutet nicht, über Menschenrechtsverletzungen hinwegzusehen oder kurzfristige

Wirtschaftsinteressen absolut zu setzen. Es bedarf aber **Kompetenz und Empathie**, andere Länder nach Maßgabe ihrer eigenen historischen und gesellschaftspolitischen Entwicklung einzuschätzen und zu verstehen. Menschenrechte als Maß aller Dinge zu nehmen, **erschwert realistische Außenpolitik**, die der Vielfalt der Staats- und Regierungssysteme und den Widersprüchen der Weltpolitik Rechnung trägt.

Zudem sollten wir die Aussage des **indischen Außenministers Jaishankar** ernst nehmen, der nicht müde wird zu betonen: „Europa muss aus seinem Mindset herauswachsen, seine Probleme wären die Probleme der Welt, aber die Probleme der Welt wären nicht seine Probleme.“

Leitend muss immer die **Bewahrung des Friedens** und der **eigenen Wertebasis** sein, aber dort, wo eine **wertegeleitete Politik** sich als nicht durchsetzbar erweist, muss Realpolitik im Sinne einer **realistischen Betrachtung der gegebenen Kräfteverhältnisse und Handlungsmöglichkeiten** treten.

Vielen Dank!